



Regierungsratsbeschluss vom 15. November 2016

Finanzhilfe in Form eines Betriebsbeitrages für die Patientenstelle Basel für die Jahre 2017-2019; Staatsbeitragsvertrag

P161660

1. Der Regierungsrat bewilligt Ausgaben für Betriebsbeiträge an die Patientenstelle Basel für die Jahre 2017-2019 in der Höhe von maximal Fr. 59'000 p.a. (insgesamt Fr. 177'000).
2. Der Regierungsrat genehmigt den Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt und der Patientenstelle Basel betreffend Ausrichtung einer Finanzhilfe in Form eines Betriebsbeitrags für die Jahre 2017-2019.

Begründung

Die Patientenstelle Basel (PsB) versteht sich als Lotse, Wegweiser und Berater in einem Gesundheitssystem, das durch zahlreiche Akteure mit unterschiedlichen Aufgaben sowie teilweise unterschiedlichen Zielen und Interessen geprägt ist. Die Ratsuchenden benötigen zur informierten Entscheidungsfindung eine vielfältige Hilfestellung, Beratung, Aufklärung und Information, die nicht von Interessen geleitet sein sollen. Die unabhängige PsB setzt hier an, stärkt und unterstützt die Ratsuchenden bei der Beantwortung ihrer Fragestellungen rund um das Gesundheitswesen. Dabei geht es nicht vorrangig um medizinische Fragen wie Therapie, Diagnostik oder Suche der Behandelnden, sondern um Patientenrechte, Pflichten der Ärzteschaft, Verdacht auf Behandlungsfehler oder versicherungsrechtliche Fragestellungen. Die damit verbundene Ernsthaftigkeit im Beratungsansatz und Eindeutigkeit in der Parteilichkeit kommt aus dem Selbstverständnis der Institution und erzielt schon dadurch eine sehr hohe Glaubwürdigkeit des Angebotes. Die PsB hat sich durch langjährige praktische Erfahrungen eine breite Wissensbasis sowie eine hohe Handlungskompetenz erworben und arbeitet auch mit dem Kanton Basel-Stadt eng zusammen. Die Zufriedenheit der Ratsuchenden mit der unabhängigen PsB ist hoch. Die Nutzenden heben vor allem die Tatsache hervor, dass Ihnen kompetent geholfen wird und sich die beiden Beraterinnen der PsB ausreichend Zeit für ihre Anliegen nehmen. Das Leistungsspektrum der PsB verdeutlicht, dass Ratsuchende auf ein niedrigschwelliges und thematisch breit abgestütztes Angebot treffen. Hierdurch werden die Personen in die Lage versetzt, leichter sachgerechte Entscheidungen zu treffen. Sie werden in Konfliktsituationen unterstützt und in ihrer Position als eigenverantwortliche Teilnehmer im Gesundheitswesen

gestärkt. Damit die PsB auch weiterhin ihr Leistungsangebot dem Bedarf entsprechend zur Verfügung stellen kann, hat der Regierungsrat Ausgaben für einen Betriebskostenbeitrag an die Institution für die Jahre 2017-2019 in der Höhe von maximal 59'000 Franken p.a. bewilligt.

